

PRESSEMITTEILUNG

Kliniken befürchten Personalabbau und Verschlechterung der Patientenversorgung infolge der Gesundheitsreform

Widerstand gegen den geplanten „Sanierungsbeitrag“ angekündigt

- Erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken

Mainz, 13.12.2006 – Der Vorstand der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP) hat in seiner gestrigen Sitzung in Mainz die äußerst angespannte finanzielle Situation der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz beraten, die sich durch die geplante Gesundheitsreform verschärfen wird.

Nach den Budgetreduzierungen durch die Gesetzesmaßnahmen der vergangenen Jahre und die Zunahme der Ausgaben durch Tarifsteigerungen, Arbeitszeitgesetz, Energiepreiserhöhungen sowie die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung können die Kliniken keinen „Sanierungsbeitrag„ von 1% leisten, um die Fehlentscheidung der Politik zu korrigieren. Sie benötigen deutlich **mehr** Geld, um ihre qualitativ hochwertigen Leistungen auch weiterhin sicherstellen zu können. In Rheinland-Pfalz summieren sich nach Aussage der Krankenhausgesellschaft die zusätzlichen Kosten auf weit über 50 Mio. Euro, denen eine Budgetsteigerung von marginalen 0,28 % bzw. etwa 7 Mio. Euro gegenübersteht.

Dies kann nach Auffassung des Vorstandes zu einem massiven Stellenabbau in den Kliniken führen und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der die Leistungsdichte in der Patientenversorgung weiter wächst.

„Daher ist es leider auch ein realistisches Szenario, dass mit den zwingend notwendigen Kosteneinsparungen auch eine Verschlechterung der Versorgungsqualität einhergehen kann,“ so Peter Schöne, Vorsitzender der KGRP. Der geplante „Sanierungsbeitrag“ in Höhe von 1% der Krankenhausbudgets sei daher strikt abzulehnen.

Gegen die Zwangsabgabe bestehen nach Aussage des Berliner Universitätsprofessors Helge Sodan bereits nach einer vorläufigen Prüfung erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Aufgrund der Äußerungen von Professor Sodan in der gestrigen Mitgliederversammlung der KGRP, in der alle rheinland-pfälzischen Krankenhäuser vertreten waren, kündigte die Mitgliederversammlung gerichtlichen Widerstand der Kliniken gegen die Zwangsabgabe für den Fall an, dass diese Gesetz werden sollte .

Nähere Informationen zu den Aufgaben der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz können Sie unserer Internet-Seite unter www.kgrp.de entnehmen.

Ansprechpartner:

Andreas Wermter, Referent der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

Tel.: 06131/28695-35 oder 0173/9532401